

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 fl.
monatlich 3 fl. In den Ausgabestädten monatlich 2,75 fl.
Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 fl., monatlich 3,11 fl. Unter Streifband in Polen
monatlich 5 fl., Danzig 8 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Gewiss Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 20 Groschen, die 90 mm
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Blattdruck
und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffentliche Anzeigen 50 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.
Poststellen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 225.

Bromberg, Mittwoch den 30. September 1925.

49. Jahrg.

Pressevertreter bei Tschitscherin.

Die Folgen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.
Die Presse warnt vor einem antienglischen Abenteuer.

Warschau, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Der seit Sonntag vormittag hier weilende Außenkommissar Tschitscherin empfing am Montag nachmittag Warschauer Vertreter der ausländischen Presse in der sowjetrussischen Gesandtschaft im Hotel de Rome, um ihnen einen Vortrag über die allgemeine politische Lage zu halten, und auf Anfragen der Pressevertreter zu antworten. An der Pressekonferenz nahmen deutsche, französische, englische, österreichische, italienische und amerikanische Journalisten teil. Tschitscherin sprach zunächst französisch und antwortete auf die verschiedenen Fragen der Pressevertreter auch in deutsch und englisch. Alle drei Sprachen beherrschte er vollkommen.

Zunächst sprach er über den Zweck seines Warschauer Besuchs. Er sei frank und müsse sich zur Kur in ein deutsches Bad begeben. Von der Konsultation der Berliner Spezialärzte hängt es ab, ob er Wiesbaden oder Baden-Baden oder ein anderes deutsches Bad für Zuckerkrank aufsuchen werde. Seine Badereise benutze er, um auch der Warschauer und Berliner Regierung einen Besuch abzustatten. Seine Visite in Warschau gelte der Belebung von Missverständnissen und der Schaffung einer Basis für künftige Verhandlungen der beiden Nachbarstaaten. Irgendwelche festen Abmachungen würden während seines Warschauer Besuchs nicht getroffen werden. Bei dem Gedanken austausch kamen zwei konkrete Dinge ins Auge, erstens der Rigauer Vertrag, und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen für beide Regierungen, zweitens wirtschaftliche Vereinbarungen, die schließlich zum Handelsvertrag führen sollen. Die Grundtendenz bei den Verhandlungen ist die, der Politik zwischen den beiden Ländern eine freundschaftliche Wendung zu geben. Polen dürfte bei Herstellung einer Harmonie zwischen den beiden Ländern der Festigung des allgemeinen Friedens dienen.

Über die hochaktuelle Paktfrau fragt, sagte er Dinge, die der englischen Diplomatie nicht gerade angenehm im Ohr klingen werden. Er sagte, daß in England und Amerika Dokumente zirkulierten, aus denen hervorgehe, daß England die vollständige Isolierung Sovjetrusslands anstrebe. Der Pakt solle dazu da sein, um Deutschland von Russland zu trennen. In der Sicherheitsfrage hänge vieles von der Haltung der verschiedenen Länder ab, vor allem von Frankreich, England und Italien. Vorläufig sei es aber noch ungewiß, welche Formen der Westpakt annehmen werde. Was die Frage der Ostgrenzen anbelangt, so hänge diese vom Völkerbund ab. Tschitscherin wundert sich, aus welchem Grunde man trotz des Völkerbundes einen Westpakt abschließen will. Welche Stellung Deutschland hierbei einnehmen werde, weiß er nicht. Sein Besuch in Warschau sei absolut keine Spize gegen Deutschland, und es bestehne auch nicht die geringste Andeutung dafür, daß die deutsche Regierung in seiner Warschauer Visite einen gegen Deutschland gerichteten Schritt sehe. Es liege ihm vollständig fern, irgend einen Druck auf Deutschland auszuüben. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei eine sehr bedeutungsvolle Angelegenheit. Ernst könne sie werden, wenn Deutschland bedingungslos dem Völkerbund beitrete. Sollte jedoch Deutschland mit Vorbehalten in den Völkerbund eintreten, so läge die Sache ganz anders. Wenn Deutschland dem Völkerbund angehören wird, so würden gewisse Entscheidungen Russlands gegenüber dem Völkerbund sich auch auf Deutschland erstrecken. So hat z. B. der Völkerbund die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Russland verlangt, was die Moskauer Regierung jedoch abgelehnt habe. Nimmt der Völkerbund irgend einen Beschluss an, der Russland nicht paßt, so zieht sich, sagte Tschitscherin, unser Beschluss, wenn Deutschland dem Völkerbund angehört, auch auf Deutschland. Die größte Rolle spielen hierbei die Artikel 16 und 17 des Völkerbundpaktes über das Durchmarschrecht. Auf die Frage, inwieweit der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf den Rapallo-Vertrag einwirkt, erklärte Tschitscherin, man könnte hier insofern auf die Haltung Russlands überhaupt nur von Befürchtungen reden. Wenn Deutschland ohne Reserven in den Völkerbund eintreten würde, so würde dies bei der feindlichen Haltung Englands gegenüber Russland für Russland von groinem Nachteil sein. Die deutsche Regierung möchte wohl die freundschaftlichen Beziehungen zu Russland aufrecht erhalten, es sei aber eine Frage, ob sich nach Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Rapallo-Vertrag wieder aufrecht erhalten lassen. Das Maß der ungünstigen Rückwirkungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund auf den Rapallo-Vertrag hänge von den Bedingungen und der Art der Vorbehalte ab, die Deutschland durchsetzt. Nochmals betonte Tschitscherin, daß Deutschland die Artikel 16 und 17 ablehnen müsse. Auf eine andere Frage erklärte er, daß Deutschland nie von Russland verlangt habe, eine feindliche Politik gegenüber Polen einzuschlagen.

Die Frage, ob ein Ausgleich zwischen Russland und Polen auch Frankreich zugute kommen würde, beantwortete Tschitscherin dahin, daß Russland mit Frankreich ganz andere Fragen gemeinsam habe. Vor allem die Frage der zaristischen Schulden, über die noch gesprochen werden wird. Auf eine besonders spitzfindige Frage über die polnischen Westgrenzen und die Haltung Russlands in dieser Angelegenheit erklärte Tschitscherin: Da wir glücklicherweise dem Völkerbund nicht angehören, so haben wir mit dieser Frage nichts zu tun.

In der präzisen Beantwortung der verschiedenen Fragen der ausländischen Journalisten offenbarte der sowjetrussische Außenkommissar außerordentliche Gedankenshärfe und diplomatisches Feingefühl. Die polnische Presse hatte berichtet, daß die deutsche Regierung ob des Besuchs Tschitscherins in Warschau außerordentlich verstimmt sei, und sie habe darum an die deutsche Presse die Weisung erteilt, über die Warschauer Visite Tschitscherins möglichst wenig zu schreiben. Tschitscherin erklärte, daß er von einer solchen Weisung der deutschen Regierung nichts wisse. Tatsächlich ist auch eine solche Weisung von deutscher Regierungssseite nicht erfolgt. Falsch ist auch ein Gerücht, daß der deutsche Außenminister

Stresemann den Außenkommissar Tschitscherin nicht empfangen werde. Tschitscherin ließ sogar durchblicken, daß Deutschland es gern sehen würde, wenn Russland und Polen zu einem freundlichen Verhältnis gelangen würden.

Die Warschauer nationalistische Presse beschäftigt sich mit der Visite Tschitscherins in Warschau nunmehr in einer Form, die eine große Unsicherheit der politischen Kreise Polens verrät, die eine große Angst davor haben, daß Polen in irgendein antienglisches Abenteuer gestürzt werden könnte. Der „Przeglad Wieczorny“ beantwortet die Frage, warum sich Tschitscherin auf dem Wege nach Berlin in Warschau aufhält, dahin, daß Tschitscherins Warschauer Unterredungen zu seinen weiteren Verhandlungen in Berlin notwendig seien. Alle Träume reißen von einem polnisch-sowjetischen Bündnis müssen man entschieden ablehnen. Andere Blätter wiederum nennen den Warschauer Besuch Tschitscherins, vor allem dessen Besprechungen mit dem Außenminister Skrzynski, ein europäisches Ereignis. Tschitscherins Erklärungen vor den ausländischen Pressevertretern entkleiden jedoch den Besuch der großen Bedeutung. Es handelt sich hier um rein polnisch-russische Angelegenheiten mehr wirtschaftlicher als politischer Natur, nicht aber um Fragen von europäischer Bedeutung. Größere Bedeutung als dem Warschauer Besuch Tschitscherins komme seinem Berliner Besuch zu.

Ein Diner zu Ehren Tschitscherins.

Warschau, 29. September. PAT. Gestern fand in den Privatgemächern des Außenministers Skrzynski zu Ehren des russischen Außenkommissars Tschitscherin ein Diner statt, an dem u. a. teilnahmen Ministerpräsident Grabowski, Sejmpräsident Ratay, Justizminister Zyglinski, Eisenbahnaminister Tyzka, Landwirtschaftsminister Janicki, der Minister für Industrie und Handel Klarner, der russische Gesandte Wołkow, Legationsrat Besebowksi, der polnische Gesandte in Moskau Krzyżanowski, der Gesandte in Paris Chłapowski, der Chef des diplomatischen Korps Przedziański. Aus parlamentarischen Kreisen waren anwesend die Abg. Barlicki, Chaciński, Niedziałkowski, Strouski und Senator Bońcicki.

Während des Dinners tauschten Außenminister Skrzynski und Volkskommissar Tschitscherin Reden aus, in denen beide die Friedensliebe der beiden Länder versicherten und das große Interesse betonten, das in der Belebung der gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen erblickt wird.

Zur Paktfrau.

Die „Chicago Tribune“, die schon vor einigen Tagen die glatte Erledigung der Paktverhandlungen in wenigen Tagen angekündigt hatte, weiß heute weitere Neuigkeiten zur Sache zu melden. Wir geben diese, um unserer publizistischen Pflicht zu genügen, mit aller gebotenen Reserve hier wieder.

Danach ist in diesen Verhandlungen in London und anderwärts im Wesentlichen eine Übereinstimmung über den Inhalt des Sicherheitspaktes erzielt worden, dessen juristische Formulierung nur noch formalrechtlich von der Außenministerkonferenz genehmigt werden muß. Schwieriger werden sich die Verhandlungen über die Schiedsgerichtsverträge gestalten. Frankreich hat in diesen Verhandlungen die These vertreten, wonach alle Streitfälle, die sich zwischen Deutschland und den anderen Unterzeichnaten des Paktes ereignen sollten, vorbehaltlos dem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zur Entscheidung unterbreitet werden müssen. Von deutscher Seite ist demgegenüber betont worden, daß nur Streitfälle juristischen Charakters dem Haager Gericht unterbreitet werden können, während eine Vielzahl spezieller Rechtsfälle festgelegt werden soll, in welchen Fällen der Streitfall einem Schiedsgerichtsauftreten zu unterbreiten sei.

Auf der Juristenkonferenz in London sei zwischen diesen entgegengesetzten Standpunkten eine sehr wesentliche Annäherung erzielt worden, und zwar in einer Form, die für die Abschaffung der bei der Ministerkonferenz gleichfalls zu beschließenden Schiedsgerichtsverträge maßgeblich sein würde. Die Franzosen hätten nachgegeben, indem sie erklärten, daß in einer gewissen Anzahl von Fällen eine Schlichtung wertvoller als ein Schiedsspruch sei. Die Franzosen verlangten, daß, wenn sie sich dem Schlichtungsverfahren anschließen würden, der Spruch des Schlichtungsausschusses ebenso verbindlich sein müsse, wie ein Spruch des Haager Schiedsgerichts. Ferner verlangten die Franzosen die Möglichkeit einer Berufung, sowohl von der Entscheidung des Schlichtungsausschusses, als von einer Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofes an den Völkerbundsrat als höchste Instanz. Von deutscher Seite wurde vorbehaltlos der obligatorische Charakter des Schlichtungsvorlasses dieser Art anerkannt, dagegen die Regelung des Berufungsverfahrens den mündlichen Verhandlungen der Ministerkonferenz vorbehalten.

Nach Ansicht englischer Sachverständiger dürfte die Krise der Konferenz nicht etwa durch Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt der abzuschließenden Verträge herbeigeführt werden, sondern die Raumungsfrage werde den Streitpunkt von entscheidender Bedeutung bilden. Luther und Stresemann sollen nämlich, wie das amerikanische Blatt wissen will, von den Deutschen nationalen beauftragt worden sein, Pakt und Schiedsverträge nur dann zu unterzeichnen, wenn die Alliierten sich bereit erklärt haben, unverzüglich nicht nur Köln, sondern das gesamte besetzte Gebiet zu räumen. Zur baldigen Räumung von Köln würden sich die Alliierten nach Fertigstellung des Paktes und der Schiedsgerichtsverträge ohne weiteres bereit erklären. Die französische öffentliche Meinung billigt zwar die vom Kabinett Briand betriebene Politik, den gehässigen Geist des Versailler Vertrages zu zerstören, sie sei aber heute noch nicht in der Lage, bereits der Abänderung wesentlicher Bestimmungen des Vertrages, wie es die sofortige Räumung des ganzen Rheinlandes bedingen würde, zuzustimmen.“

So das amerikanische Blatt; die ganze Darstellung klingt rechtlich abenteuerlich.

Über die mündlichen Erklärungen, die der deutsche Botschafter in Paris von Hösch bei Überreichung der deutschen Note dem Generalsekretär Berthelot im Auswärtigen Amt gegeben hat, macht der Pariser Korrespondent der „Kölner Zeitung“ folgende Angaben:

„Wie ich höre, hat sich an die Überreichung der deutschen Antwort eine längere, etwa einstündige Besprechung des deutschen Botschafters mit Berthelot über die mit der Ministerbegegnung zusammenhängenden Fragen angeschlossen. Obwohl Berthelot durchaus über die äußeren politischen Richtlinien der französischen Regierung auf dem Laufenden ist, hat er es doch für nötig gehalten, bindende Erklärungen von französischer Seite einer persönlichen Aussprache des französischen Ministers des Äußeren mit Herrn v. Hösch vorzubehalten. Aus der Länge der Besprechung darf wohl geschlossen werden, daß dabei auch das Programm in der Konferenz erörtert wurde, d. h. die Frage, ob und wie Polen und die Tschechoslowakei in die Verhandlungen mit hineinbezogen werden könnten. Es handelt sich hier offensichtlich nicht nur um eine äußerliche Sicht, sondern um eine Angelegenheit von großer politischer Tragweite. Der deutsche Botschafter dürfte darauf aufmerksam gemacht haben, daß es der deutschen Regierung zunächst darauf ankomme, den Vertrag mit Frankreich und Belgien unter Dach und Fach zu bringen, während die französische Regierung gleichzeitig Verhandlungen über die Ostgrenze fordert. Der deutsche Botschafter hat, wie das in ähnlichen Fällen zur Vermeidung von Missverständnissen im diplomatischen Verkehr üblich ist, ein Aide-memoire auf dem französischen Ministerium des Äußeren hinterlassen, in dem der Inhalt seiner mündlichen Darlegungen zusammengefaßt ist. Näheres soll darüber erst nach der Besprechung mit Briand selbst mitgeteilt werden.“

Ahnliche Erklärungen hat auch der deutsche Botschafter in London dem englischen Außenminister gegenüber abgegeben.

Hinausschiebung der Ministerkonferenz?

Infolge der Erklärungen, die die deutschen diplomatischen Vertreter in Paris und London bei Überreichung der deutschen Note in den resp. Außenämtern gegeben haben, scheint eine Hinausschiebung der Ministerkonferenz in Aussicht zu stehen, da man in Paris und London zu diesen Erklärungen erst Stellung nehmen will. Hinausschieben spielt dabei die Frage eine wichtige Rolle, ob die bevorstehende Konferenz bindende Beschlüsse zu fassen befugt sein sollte oder nicht. Deutschland steht auf dem letzteren Standpunkt, d. h. es will sich auf dieser Konferenz noch nicht binden. Die darin gehenden Erklärungen haben, wie den „Dawn-N. Y.“ aus Berlin gemeldet wird, in Paris und London deswegen ein durchaus berechtigtes Aufsehen erregt, weil damit eine von den internationalen Gegebenheiten durchaus abweichende Haltung der Reichsregierung sich ergeben würde. Es ist bei internationalen Verhandlungen üblich, daß die bevollmächtigten Vertreter der Regierungen die Vereinbarung schriftlich fassieren und unterzeichnen in der Absicht, sich ihrem Parlament gegenüber dafür stark zu machen, daß diese Vereinbarungen die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung (Ratifizierung) durch das Parlament erfahren. Von diesem üblichen Wege will die Reichsregierung diesmal insoweit abweichen, als sie die auf der Konferenz unter Umständen zu treffenden Vereinbarungen nicht unterzeichnen will, d. h. sie will gegenüber den Regierungen der übrigen Länder, mit denen die Vereinbarungen zu treffen sind, keinerlei Bindungen eingehen und vor allem nicht die Verpflichtung übernehmen, die Ratifizierung durch das Parlament herbeizuführen. Die notwendige Folge eines solchen Verfahrens wäre die, daß die Reichsregierung, wenn sie bei den einzelnen Parteien auf Widerstand stößt, nicht verpflichtet ist, zu ihren Vereinbarungen zu stehen, sondern kann und darf davon zurückspringen. Damit wäre also jede auf der kommenden Konferenz zu treffende Vereinbarung ohne weiteres als gescheitert anzusehen, wenn von irgendeiner maßgeblichen deutschen Stelle ein Widerspruch erfolgt, ohne daß sich daraus prinzipielle Grörungen über den Bestand der Reichsregierung ergeben müßten.“

Umtriebe der Bosener Monarchisten.

In Nr. 217 vom 20. d. M. brachte die „Deutsche Rundschau“ unter dieser Überschrift eine polnischen Zeitungen entnommene Notiz, die die Organisation der Monarchisten in Polen unter Berufung auf den § 11 des Pressegesetzes wie folgt zu berichtigten bitten:

1. Es ist nicht wahr, daß die Flugblätter während der Anwesenheit des Herrn Staatspräsidenten Wołciechowski in Polen verteilt wurden. 2. Unwahr ist es, daß eines von unseren Mitgliedern durch die Stadtpolizei verhaftet wurde. 3. Es ist nicht wahr, daß die Flugzeiten durch die Polizei beschlagnahmt worden sind. 4. Unwahr ist es, daß diese Angelegenheit der Prokuratur übergeben wurde.

Wahr dagegen ist es, daß unsere Flugblätter i. r. t. ü. l. i. c. h. e. r. e. i. s. bei uns im Büro am 14. September 4½ Uhr durch einen Beamten der örtlichen Untersuchungspolizei beschlagnahmt wurden; 2. daß am 15. September mittags der selbe Beamte die Flugzeiten in unser Büro zurückgebracht hat, unter dem Ausdruck des Bedauerns ob seines begangenen Irrtums; 3. daß unsere Flugblätter auch weiterhin öffentlich und legal in der ganzen Wojewodschaft verteilt werden und 4. daß die Organisation ihr Ziel lediglich mit legalen Mitteln zu erreichen sucht.

Ein Zwischenfall im Völkerbundrat.

Galvanauskas triumphiert.

In der gestrigen Sitzung des Völkerbundrates kam es anlässlich der Beratung des Memeler Statutes zu einem Zwischenfall. Der Völkerbundrat hatte zu einem Bericht des Vertreters von Uruguay Stellung zu nehmen, in welchem

die Anwendung der Artikel 11 und 17 des Memeler Abkommen erläutert wurde. Artikel 11 bezieht sich auf die Anwendung des Minderheitenrechts. Artikel 17 erläutert das Recht des Rates, zu Klagen der Minderheiten auf Antrag eines Ratsmitglieds Stellung zu nehmen. Da der Volksbundrat sich zu der Aussage bekannt, wonach es sich nur darum handeln kann, die Klagen des Memellandes als Informationen zu betrachten, die erst durch einen Rat antrag vor den Rat gebracht werden müssten, erhob der litauische Vertreter Galvanauskas außerordentlich lebhaften Einspruch, schlug mit der Faust auf den Tisch und verließ schließlich nach einer heftigen Rede den Volksbundrat.

Es ist nicht das erste Mal, daß der temperamentvolle Litauer den Herren vom Generalkomitee auf seine Weise Bescheid sagt. Galvanauskas verließ den Saal in dem Moment, als Robert Cecil folgende Resolution verlas: "Der Generalsekretär des Volkerbundes ist ermächtigt, ernsthafte spontane Klagen aus der Memeler Bevölkerung über Verleugnung der Memeler Konvention den Ratsmitgliedern als Information zu übermitteln." Der Rat hat den Antrag angenommen.

Das Programm der Konferenz.

Über das Arbeitsprogramm der bevorstehenden Ministerkonferenz stellt die "Köln. Blg." eine längere Betrachtung an, worin es u. a. heißt:

"Obwohl aus den Besprechungen der Juristen ein sogenannter Entwurf des Westpaktus hervorgegangen ist, erschöpft sich doch die Tagesordnung der Konferenz nicht mit dieser Arbeit der Juristen. Die Volkerbundfrage, die Tragweite und Bedeutung der Ostverträge usw., die nicht auf dem amtlichen Programm stehen, dürften aber keine geringere Rolle spielen als die in den amtlichen Arbeitsplan aufgenommenen Gegenstände. Da die Konferenz sowohl nach einer sichtbaren wie nach einer unsichtbaren Tagesordnung zu arbeiten haben wird, die Verknüpfung der einzelnen Punkte aber der Entwicklung von Augenblick zu Augenblick überlassen ist, muß man sich mit diesen kurzen Andeutungen über den Inhalt des Arbeitsplans begnügen."

Die in Aussicht stehende Konferenz teilt damit das Schicksal der Londoner Konferenz des vergangenen Jahres, die zwar auch ein festes Thema in der praktischen Ausgestaltung des Dawesschen Planes hatte, deren Schwierigkeiten und bedeutamste Frage aber, die Räumung des Ruhrgebiets, erst durch die deutsche Abordnung aufgeworfen werden mußte. Da es auf der Ministerkonferenz zunächst eine Reihe nichtamtlicher Fragen geben wird, die erst nach und nach zum amtlichen Verhandlungsstoff erhoben werden, so wäre immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß diese oder jene Frage einer zweiten oder dritten Konferenz zur Klärung übergeben werden wird. Auch wäre es nicht ausgeschlossen, daß die jetzt bevorstehende Konferenz die Klärung der schwierigeren Fragen besondern Ausschüssen überträgt und sich in irgendeiner Form vertagt.

Soviel steht jedoch zurzeit fest, daß eine Art Mindestprogramm durch den Londoner Entwurf des Westpaktus gegeben ist, der die noch ungeklärten Fragen in den von beiden Seiten vorgeschlagenen Formulierungen enthält.

Das Blatt hebt dann die von Deutschland stets geforderte Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit hervor, die formal in der Verpflichtung einer englisch bewaffneten Garantie der deutschen Grenze ohne vorhergehendes Verfahren des Volkerbundes ihren Ausdruck findet. Die völlige und alle Fragen umfassende Verbindlichkeit der Schiedsgerichtsverträge ist fallengelassen. Ferner bietet das in den Londoner Verträgen für die Regelung des sogenannten Sanktionsrechts geschaffene Vorbild die Möglichkeit einer Verständigung auch im Zusammenhang mit dem Westpakt. Wie weit die Gelungsdauer des in Aussicht genommenen Westpaktus bemessen ist, ist noch nicht bekannt, doch liegt Grund zu der Annahme vor, daß er sich nicht auf alle Ewigkeit erstrecken soll. Über die Ostfragen und die dem Westpakt vorauszuordnende hochpolitische Einleitung ist in London nicht gesprochen worden.

Die Beratungen, die sich an den Londoner Entwurf des Westpaktus knüpfen werden, werden ohne Zweifel durch ihren Umfang und die Schwere der zu findenden Entscheidungen an alle Beteiligten, zumal an die in der Minderheit stehenden deutschen Vertreter, außerordentlich große Anforderungen stellen. Die Ziele, die die Reichsregierung sowohl im Ganzen wie in Einzelheiten bei den kommenden Verhandlungen zu verfolgen haben wird, sollen durch weitere Beratungen im Kabinett nach allen Richtungen erwogen und ausgebaut werden. Das Kabinett wird dabei zur Gründlage die von allen Parteien des Reichstags gebilligte Note vom 20. Juli nehmen. Die Übereinstimmung aller Parteien über die dort ausgeworfenen Ziele steht auch heute noch fest und ist durch Kundgebungen, wie z. B. die der sozialdemokratischen Organisation der besetzten Gebiete auf dem letzten Parteitag von neuem bestätigt worden. Die in der Note vom 20. Juli von einem Rheinpaß erwarteten Rückwirkungen müssen zum Ausdruck kommen in einer Anerkennung des Rheinlandregimes, in einer erträglichen Höhe der zur Befreiung verwandten Truppenzahl und in der Frage der Besetzungsfrieten. Was die erste rheinische Zone betrifft, so kann Deutschland keinen Paß abschließen, wenn die Zone überhaupt noch besetzt ist. Ohne Räumung der ersten rheinischen Zone wird von Deutschland keine Unterschrift unter den Paß zu erlangen sein. Ob die mit der Räumung zusammenhängende Entwaffnungsfrage innerhalb des Paktes selbst geregelt werden wird, ist eine Frage für sich. Für Deutschland ist die Hauptfrage, daß die Räumungsfrage in bindender Form erledigt wird."

Polnische Terroristen an der Arbeit.

Kattowitz, 29. September. Wie der "Oberschlesische Kurier" meldet, war die vergangene Woche für die Bewohner von Hohenlinde, Lipine und Umgegend eine wahre Peinwoche. Am Donnerstag abend drangen bewaffnete Leute in einen Saal in Hohenlinde ein, und überfielen die dort probende Gefangensetzung des Verbandes deutscher Katholiken in Polen. Die Flüchtenden, zumeist wehrlose Damen, wurden von den Unholden verfolgt und mit Waffen und Knüppeln Schlägen traktiert. Ein Wehrdeutscher, welcher bei einer Familie in Hubertushütte zu Besuch weile und auf dem Heimweg begriffen war, wurde ebenfalls überfallen und mit Gummiknäppeln und Gußtrüten vor den Augen seiner betroffenen Mutter derart bearbeitet, daß er ohnmächtig zusammenbrach. Als am Sonntag Nachmittag die Aufländischen aus Hohenlinde und Umgegend von der Kosciuszko-Festung aus Kattowitz heimgekehrt waren, drangen sie, etwa 30 Mann stark, in das Casino der Hubertushütte ein, überfielen die abhungs- und wehrlosen Gäste und hieben ungeschickt dessen, ob sie Frauen oder Männer waren, auf sie ein. Hierbei wurde der Konsulat Frankreich besonders arg zugerichtet. Man hatte ihm mehrere Rippen und Finger gebrochen.

Am gleichen Abend wurde der Schlosser Segert, nur weil er deutsch gewesen war, von denselben Terroristen derart geprügelt, daß er kraftlos zusammen sank. Ein Polizeibeamter sah vom Bollwerk diesem Vorfall zu, reagierte aber erst auf die Hilferufe des Unglückslichen, als dieser bereits am Boden lag. Als der Schwarmhandel den De-

amten bat, ihn nach Hause zu begleiten, erklärte dieser, daß er jetzt keinen Dienst habe. Erst als S. in seiner Hilflosigkeit sich an den Rock des Beamten klammerte, begleitete dieser den Misshandelten, hinderte aber nicht, daß sein Schützling, den die Terroristen weiterhin verfolgten, in seiner Anwesenheit erneut misshandelt wurde. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Gedauernswerte am ganzen Körper und auch im Gesicht insgesamt 54 Schläge und Fußtritte erhalten hatte.

Wo bleibt da der Schutz des Staates?

Die gerichtliche Geschäftsaufsicht.

Im "Dziennik Poznański" veröffentlicht Rechtsanwalt Grybowski unter dieser Überschrift einen Artikel, den wir in Antritt seiner Aktualität auch unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. In dem Artikel heißt es:

In unserem Teilgebiet gilt bis jetzt noch immer die Verordnung des Verbandsrates nach ihrer letzten Redaktion vom 14. Dezember 1916, wenngleich formell, da derselbe Verbandsrat sie nicht aufgehoben hat. In den sieben vergangenen Jahren hat diese Verordnung keine praktische Rolle gespielt, sei es schon aus dem Grunde, daß die "seiten" Jahre infolge der Inflation ihre Anwendung überflüssig machen. Erst die "mageren" Zeiten der Stabilisierung und die immer mehr in die Erscheinung tretenden Konkurse haben diesem oder jenem in die Erinnerung gebracht, daß diese Verordnung besteht. In Rechtskreisen sind jedoch Zweifel darüber aufgetaucht, ob diese Verordnung auch heute noch Anwendung finden kann. Die Grundbedingung der Verordnung besteht nämlich darin, daß die Zahlungsunfähigkeit des betreffenden Schuldners "durch den Krieg", offenbar durch den Weltkrieg, hervorgerufen sein muß. Und daher haben sich die ständigen Gerichtsinstanzen dieser Verordnung gegenüber eine große Reserve auferlegt.

Erst die kritische Situation einer der angesehensten Posener Banken hat auf einen entsprechenden Antrag hin die Posener Gerichtsbehörde veranlaßt, eine Geschäftsaufsicht zu verfügen. Und diesem Beispiel folgen seit einiger Zeit auch andere Gerichte, sodass die Verordnung vom 14. Dezember 1916 wieder aktuell geworden ist. Der gerichtlichen Anordnung kann ohne Rücksicht auf juristische Zwecke nur zugestimmt werden, und die kaufmännischen und Handelskreise können etwas aufzunehmen. Nach dem nächsten Buchstaben des Konkursgesetzes (Zahlungsunfähigkeit trotz der aktiven Bilanz) ist der größte Teil aller Unternehmen mehr oder weniger reif zum Konkurs. In Anbetracht dieser Tatsache scheint es an der Zeit zu sein, die Leser mit den grundsätzlichen Bedingungen dieser Verordnung bekannt zu machen, die in der Geschichte der Justiz eine hervorragende Bedeutung hat.

In erste Linie hat das Gericht die Geschäftsaufsicht nur in den Fällen zu verhängen, bezw. über die Unternehmungen, die als gesund gelten können. Das Gericht hat entsprechende Anträge nur dann zu berücksichtigen, wenn die Möglichkeit einer vollkommenen Sanierung besteht. Leider suchen auch ungesunde Institutionen Schutz unter dem Mantel der Geschäftsaufsicht und kompromittieren die ganze Institution zum großen Schaden für die Allgemeinheit. Die Wohlthaten der Geschäftsaufsicht bestehen hauptsächlich darin, daß während deren Dauer die Gründung des Konkurses, Exekution aller Art, sei es aus dem Titel gefällter Urteile, sei es infolge verhängter Arreste, unzulässig sind. Der Schuldner soll somit die Freiheit des ökonomischen Lebens und der Entwicklung unter der direkten Gerichtsaufsicht genießen. Die Vollmacht des Gerichts, als auch der Gerichtsaufsicht ist derart, daß der einzelne Gläubiger den Verfügungen dieser Institutionen gegenüber fast vollkommen wehrlos dasteht. Es gibt kein Rechtsmittel gegen die verhängte Gerichtsaufsicht und der eingeführte Aufsichtsbeamte steht lediglich unter Aufsicht des Gerichts. Er ist für den einzigen Gläubiger immun, d. h. der endgültige Aufsichtsbeamte, da der zu allererst ernannte auf Verlangen des Gläubigers abgesetzt werden kann.

Das ganze Verfahren erinnert mehr oder minder an den Konkurs, jedoch ohne die grellen Schattenseiten. Während wir im Konkursverfahren einen Gläubigerausstausch haben, so besteht bei der Aufsicht ein Gläubigerbeirat, der sowohl die Funktion eines Beraters, als auch die eines Kontrollors besitzt. Sowohl die Aufsicht, als auch der Gläubigerbeirat sind Organe des Gerichts, auf deren Zusammensetzung und Tätigkeit weder der Schuldner noch der Gläubiger oder irgend ein anderer Interessent auch nicht den geringsten Einfluss ausüben dürfen. Im Vergleich zum Konkursverfahren besteht in der Geschäftsaufsicht der garantierte Vorteil in der Selbständigkeit des Schuldners, dem in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit weder faktisch noch rechtlich die Hände gebunden sind. Dieser Grundsatz findet sowohl bei Privatpersonen Anwendung, als auch bei juristischen Personen, und dies dürfte nicht jedermann bekannt sein. Mit anderen Worten: Im inneren Leben des betreffenden Unternehmens ist überhaupt keine Veränderung eingetreten. Wenn also z. B. über eine Aktiengesellschaft die Geschäftsaufsicht verhängt wird, so werden die Aufsichtsorgane, z. B. der Aufsichtsrat oder die Generalversammlung der Gesellschaft keineswegs aus dem Wege geräumt. Im Gegenteil, die Institutionen, die unter Geschäftsaufsicht stehen, sowie auch die normalen Faktoren des betreffenden Unternehmens und der Gesellschaft haben sich gegenwärtig derart zu ergänzen, daß die Revolution z. B. der Hauptversammlung nicht ohne Einfluß auf den Aufsichtsbeamten oder auf das beaufsichtigende Gericht sein darf, ebenso wie auch die Hauptversammlung in jedem Falle damit rechnen muß, daß das betreffende Unternehmen unter "Geschäfts"- bzw. "Gerichtsaufsicht" steht.

Jubiläum der evangelischen Frauenhilfe in Posen.

I.

Weit über 200 Frauen aus Posen und Pommern, aber auch aus Oberschlesien und Kongresspolen sind in den Tagen vom 26.—28. September in Posen versammelt, um mit den sechs in der Stadt Posen selbst bestehenden Frauenhilfsvereinen das Jubelfest des 25jährigen Bestehens evangelischer Frauenhilfsarbeit in unserem Gebiet zu feiern.

Diese Tage des Feierns stehen unter dem Motto: "Ich will dich segnen und du sollst ein Segen sein". Es hatten sich schon am Sonnabend nachmittag die zahlreich anwesenden Festteilnehmerinnen um 5 Uhr in der Petrikirche zu einem schlichten Gottesdienste zusammengefunden, der in Gebet, Schriftlesungen, Ansprache abwechselnd mit reichem Gemeindegesang einheitlich aufgebaut war. Studiendirektor Vic. Schneider legte seiner Ansprache das Wort aus Römer 4, 17 und 18 zugrunde, wo von Abraham gesagt wird: Er hat geglaubt auf Hoffnung, da nichts zu hoffen war. So ohne Hoffnung sah es auch in der Frauenhilfe nach dem großen Zusammenbruch aus. Und doch hat sie sich wieder fämmeln und erstarren dürfen. Und so soll es auch in Zukunft sein, von der keiner weiß, was sie bringt.

War die Feierstunde in der Petrikirche der inneren Sammlung, der stillen Vorbereitung auf die Festtage gewidmet, so gestaltete sich der Festgottesdienst am Sonntag Vormittag in der festlich geschmückten Paulskirche, an dem alle Posener Gemeinden teilnahmen, zu einer mächt-

vollen Kundgebung evangelischen Lebens. Die Festpredigt hielt Generalsuperintendent D. Blau. Frauenshilfe ist nötig in unserem kirchlichen und religiösen Leben, bei allen sittlichen Schäden und Nöten, vor allen Dingen aber in ihrem natürlichsten Wirkungskreise, der Familie. — Die reich ausgestattete Liturgie, die Geh. Konsistorialrat D. Staeumer hielt, wurde noch verschont durch den Gesang des Schwesternchores des Diakonissenhauses.

Unmittelbar an den Gottesdienst schloß sich der eigentliche Jubiläumsfestakt, im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses. Dieser Feier hatte sich dankenswerterweise der Bachverein zur Verfügung gestellt und seine Gesänge bildeten Einleitung und Schluss der festlichen Veranstaltung. Als Vorsitzender des Landesverbandes der Evangelischen Frauenhilfen begrüßte Generalsuperintendent D. Blau die Versammlung. Vertreter der verschiedenen Verbände und Vereine, auch aus anderen Teilen unseres Gebietes brachten dem Landesverband ihre Segenswünsche. Für die Landeskynode sprach ihr Präses von Kieling-Dziembow, für das Konsistorium Geheimrat D. Staeumer. Im Namen des Landesverbandes der Inneren Mission grüßte Pastor Kammer, Superintendent Dieselkamp als Vertreter des Verbandes für Heidenmission, namens der unierten evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien und für deren Kirchenpräsidenten das Mitglied des Landeskirchenrates Generaldirektor Massewitz und für die Frauenhilfe von Polnisch-Oberschlesien Frau Pastor Häuler-Kattowicz, für den Posener Kirchenkreis und die Posener Gemeinden Superintendent Rhode. Auch der Lodzer evangelische Frauenverein grüßte durch eine Vertreterin, ebenso der Hilfsverein deutscher Frauen und der deutsche Frauenbund Bromberg. Nach der Verlesung der zahlreichen schriftlichen Glückwünsche überreichte der Schriftführer des Verbandes, Pastor Vic. Schneider, den beiden Vorsitzenden, Generalsuperintendent Blau und Frau Superintendent Rhode, die beide in diesem Sommer ihren silbernen Hochzeitstag feiern durften, eine Plakette, die zum Andenken an Luthers 400jähriges Jubiläum gestiftet wurde.

Den Festvortrag hielt Frau Superintendent Rhode als die Vorsitzende des Landesverbandes der evangelischen Frauenhilfen, in dem sie eine fesselnde Übersicht über 25-jähriges Werden und 25jährige Arbeit der evangelischen Frauenhilfe gab. Im Jahre 1910 waren es bereits 40 Frauenhilfsvereine in unserer Provinz, 1918 etwa 120, und heute sind es rund 100 in Posen und Pommern zusammen. Neben der Arbeit in den Einzelvereinen, die den äußeren und inneren Nöten in den Gemeinden gewidmet ist, hat die Frauenhilfe noch manche große Gesamtarbeit, die der Landesverband leistet. Schon seit 1908 besteht die Stiftung des Frauenhauses in Wolsztyn, in besonderen Lehrgängen werden Gemeindehelferinnen ausgebildet, und Frauenfreizeiten und Bibelfürste sorgen für die innere Vertiefung der Frau. Die seit drei Jahren gewonnene eigene Berufsschreiterin, Fr. Anna Miecke, hält mehr als es früher geschehen konnte, die Beziehungen zwischen Gesamtverband und Vereinen aufrecht. Als Zukunftsaufgabe steht dem Verband die Schaffung eines eigenen Heims vor Augen.

Nicht nur sollte jeder Gast einzeln in seinem Quartier freundlich aufgenommen werden, sondern auch in ihrer Gemeinschaft wollten die Posener Frauenhilfen ihre lieben Gäste bewirten und feiern, und veranstalteten deshalb am Sonnabend einen Teeabend im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses. Der Posenchor des evangelischen Vereins junger Männer brachte nicht nur einige Motetten zum Vortrage, sondern begleitete auch alle gesungenen Lieder. Besonders tiefen Eindruck hinterließ bei allen Teilnehmern das von den Posener Jungmädchenvereinen zur Darstellung gebrachte Festspiel "Dorothea". Die Handlung führt in die Zeit der Christenverfolgung und zeigt, wie eine Jüngerin Jesu durch das Opfer ihres Lebens anderer Zweifel und Unglaube überwinden kann. epv.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit aufgezeigt.

Bromberg, 29. September.

D. Blau-Stiftung.

Am vergangenen Sonntag, 27. 8. M., führte der Ordinationsstag des Generalsuperintendenten D. Blau zum vierzigsten Male wieder. Generalsuperintendent D. Blau fand daher an diesem Tage auf eine vierzigjährige geistliche Amtszeit zurück. Dieses Amtsjubiläum ist bereits in Verbindung mit der Silbernen Hochzeitsfeier des Jubilar begangen worden, so daß auf einen besonderen Wunsch des Generalsuperintendenten jetzt von jeder weiteren Feier abgesehen wurde. Die Gemeinden der unierten evangelischen Kirche in Polen haben es sich jedoch nicht nehmen lassen, der großen Dankbarkeit und Verehrung gegen ihren Bischof einen sichtbaren Ausdruck zu geben und ein bleibendes Gedächtnis an diesen Tag zu errichten, indem sie einer bringend notwendigen Stiftung den Namen D. Blau gaben. Bei der großen Sorge, die die Verpflichtung der evangelischen Gemeinden mit Geistlichen bereitet, ist es die dringendste Aufgabe der Gegenwart, etwas für den Nachwuchs an evangelischen Geistlichen zu tun, um geeignete jungen Leuten den Besuch höherer Schulen und der Universität zu erleichtern. Sind doch von den rund 400 evangelischen Gemeinden gegenwärtig bereits 160 ohne eigenen Geistlichen. Durch Sammlungen in den Gemeinden ist bis jetzt ein Stiftungskapital von rund 35 000 Złoty zusammengekommen, das werbend angelegt, diesem Zweck als D. Blau-Stiftung dienen soll. Namens des Landeskynodalvorstandes und des Landesverbandes für Innere Mission, die den Aufruf zur D. Blau-Stiftung an die Gemeinden erließen, hat eine Abordnung unter Führung des Präses der Landeskynode, von Kieling-Dziembow, dem Jubilar die Glückwünsche unter Überreichung der Stiftung ausgesprochen.

Die neuen Miethäuser für das vierte Vierteljahr 1925.

Mit dem 1. Oktober 1925 tritt eine abergalige sechzehnprozentige Steigerung der bisherigen Miethäuser ein. Es sind dann zu zahlen: für eine Einzimmerwohnung 37 Prozent, für eine Zweibis-Dreizimmerwohnung 42 Prozent, für eine Vier- bis Sechszimmerwohnung 47 Prozent, für eine Siebenzimmerwohnung 52 Prozent, für Läden usw. 57 Prozent der Grundmiete.

Da nach Artikel 7, 2 die Zusatzgebühren der sog. dodatki, abgesehen von dem Wassergeld, aufzuhören und auf den Hausbesitzer überzugehen, wenn die Miete 50 Prozent der Grundmiete übersteigt, so brauchen sie von den Inhaber einer Siebenzimmerwohnung und von Ladeninhabern vom 1. Oktober d. J. ab nicht mehr gezahlt zu werden. Diese in Wegfall kommenden Zusatzgebühren dürfen aber nun nicht etwa auf die Mieter von Wohnungen mit weniger als sieben Zimmern abgewälzt, sondern müssen vom Wassergeld selbst getragen werden. Die Zahlung des Wassergeldes hört auf, wenn der Mietzah 75 Prozent der Kriegsmiete erreicht.

Bromberg, Mittwoch den 30. September 1925.

Pommerellen.

29. September.

Graudenz (Grudziadz).

Anmeldung zur Fortbildungsschule.

Der Unterricht in der Fortbildungsschule beginnt am 1. Oktober d. J., 6 Uhr abends. Anmeldungen neuer Schüler und Schülerinnen im Alter von 14–18 Jahren haben am Dienstag, den 29. Mittwoch, den 30. d. M., von 6 Uhr abends, für Schüler in der Gemeindeschule, ul. Sienkiewicza, für Schülerinnen in der Mittelschule, ul. Trynkiowa 19, zu erfolgen.

f. Die Pläne durch das Finanzamt für rückständige Steuerforderungen sind zahlreicher geworden. Die geplante Gegenstände werden durch ein Rollfuhrwerk des Amtes sogleich abgeholt und kommen bald zum Verkauf. Bei der heutigen Geldknappheit soll es vorkommen, daß die Pfandobjekte in der Versteigerung nicht einen solchen Erlös bringen, um Schuldsumme und Kosten zu decken.

d. Zum zehnjährigen Jubiläum der Staatspolizei fand am Freitag im Tivoli eine größere Festlichkeit statt, an der auch zahlreiche auswärtige Beamte, sowie die Musikkapelle der Staatspolizei aus Thorn (Toruń) erschienen waren. In dem Festzuge sah man auch Vertreter der Feuerwehr, sowie der hiesigen Schuhwächter.

* Niederabend Kleinwächter. Eine dankens- und anerkennungswerte Bestrebung der Direktion des Deutschen Privatgymnasiums sind die allmonatlich geplanten Konzertveranstaltungen, sowie auch Vorträge instruktiven Charakters für die Schüler. Diese sollen dadurch mit den Schöpfungen unserer großen Meister der Tonkunst, mit Größen anderer Künste und verschiedenem Wissenswertem vertraut gemacht werden. Aber nicht nur den Schülern, sondern auch den Eltern und Erwachsenen soll geistige Nahrung und Erbauung geboten werden. Am Freitag, 25. d. Mts., fand um 6 Uhr nachmittags im kleinen Saale des Gemeindehauses die erste derartige Veranstaltung in Form eines Niederabends statt. Herr Kleinwächter, Berlin, stellte sich in den Dienst der guten Sache und brachte mit seiner schönen und gut durchgebildeten Baritonstimme Lieder von Mozart, Schubert, Schumann und Boewe zu Gehör. Jeden einzelnen Meister würdigte treffend durch kurze Worte der Leiter des Gymnasiums Herr Rombusch, und erläuterte die zum Vortrage gelangenden Lieder. Die Vortragsfolge umfaßte: von Mozart zwei Arien aus "Don Juan" und das "Wiegengesang"; von Schubert: "Der Wanderer", "Ich hört ein Bächlein rauschen" und "Frühlingsglaube"; von Schumann: "Die beiden Grenadiere", "Das erste Grün" und "Die Postblume" und von Boewe: "Heinrich der Vogler" und "Tom der Reimer". Am Klavier begleitete Musikdirektor Hefschko in künstlerisch ansprechender Weise. Herr Kleinwächter ist ein Sohn unserer Heimat, der seine Ausbildung der Berliner Musikakademie verdankt. Seine schöne angenehm klingende Baritonstimme gibt Zeugnis guter Schulung und einer erfreulichen Registerverschmelzung. In den höheren Tagen gewinnt seine Stimme durch besonders ansprechenden Klang, so daß wir von einem hohen Bariton sprechen können. Es wäre zu wünschen, daß von den Erwachsenen den künstlichen Veranstaltungen mehr Interesse und Anteilnahme entgegengebracht würde.

e. Ausbau der Gasanstalt. Wie fürstlich berichtet wurde, bestand bereits vor dem Krieg ein Projekt, die städtische Gasanstalt, die mittler in der Stadt liegt und durch die Ausdünnung für die Anwohner keine angenehme Nachbarschaft ist, ganz zu verlegen. Ein Bauplatz an der Weichsel, hart an der Bahnhofstrecke nach Bąkowice, war bereits reserviert. Bei der heutigen wirtschaftlichen Lage der Stadt und dem Rückgang der Steuerkraft muß dieses Projekt aber als vollständig aufgegeben und begraben gelten. Man hat sich vielmehr entschlossen, die Gasanstalt an der bisherigen Stelle zu belassen, und sie modern auszubauen und zu vergrößern. Zu der vorhandenen Ofenanlage, die bereits stark veraltet ist, wird eine neue erbaut werden, und die alte wird durch Handbetrieb befeuert. Der Umbau soll mit automatischer Feuerung versehen werden, und auch die Retorten werden automatisch mit Kohlen befeuert. Die maschinelle Anlage muß von einer Spezialfirma aus Deutschland bezogen werden. Die Bauarbeiten werden von der hiesigen Baufirma Peikert und Comp. ausgeführt. Während ein vollständiger Neubau der Gasanstalt mit Verlegung nach einem anderen Platze Millionen Zloty kosten würde, soll dieser Ofenumbau nur auf 500 000 Zloty zu stehen kommen. Dieser Betrag soll in drei Jahren aus den Einnahmen des Werkes bezahlt werden, d. h. der Gasokonsum wird die Baukosten durch erhöhten Gaspreis bezahlen müssen. In früherer Zeit wurden für Bauten für werbende Anlagen und Unternehmungen gewöhnlich langfristige Anleihen aufgenommen, die amortisiert wurden. Der Bürger empfand dadurch die Belastung nicht so schwer. Die Bauarbeiten werden noch in diesem Jahre beginnen.

f. Bei den Wochenmärkten wird die Herrenstraße (Pasaż) als Verkaufsstand für landwirtschaftliche Erzeugnisse benutzt. Sie ist dann für den Wagenverkehr gesperrt. In der Schulstraße vor der früheren Klosterkirche hatten Kurzwarenhändler, Schuh- und Mützenmacher ihre Verkaufsbuden aufgestellt. In den letzten Jahren war es üblich geworden, daß diese Verkäufer mit ihren Ständen in die Herrenstraße hineintrückten. Da die Zahl dieser Wochenmarkthändler immer mehr zunimmt, verdrängten sie die Verkäufer landwirtschaftlicher Erzeugnisse, und diese mußten mit ihren Ständen bis auf den Markt rücken. Neuerdings ist nun angeordnet, daß Kurzwaren- und andere Händler ihre Stände nur noch am unteren Ende der Schulstraße unterhalb der Schuhmacherstraße aufstellen dürfen. Es ist nunmehr genügend Platz für die Verkäufer landwirtschaftlicher Erzeugnisse geschaffen worden.

Thorn (Toruń).

Anmeldung zur Fortbildungsschule.

* Der Unterricht in der Fortbildungsschule beginnt am 1. Oktober, abends 6 Uhr, an. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, bis dahin diejenigen Angestellten und Lehrlinge anzumelden, die im Alter von 14–18 Jahren stehen. (Gerstenstr. Ecke Gerechtsstr.)

* Büroverlegung. Der Sitz des staatlichen Arbeitsnachweises ist von der Hospitalstraße (ulica Szpitalna) nach der Wallstraße (Walny) gegenüber der Feuerwache verlegt worden. Die bisherigen Räumlichkeiten haben sich als zu klein erwiesen.

* Energetische Geldeintreibung. Das Elektrizität- und Gaswerk hat mit der zwangsweisen Entlastung der Beiträge für Gas und Licht begonnen. Es ist bekannt, daß bei Nichtbegleichung der Rechnung der Kassenbote das Recht hat, sofort die Gas- oder Lichtührer abzunehmen. Einige telefonische Proteste hiergegen sowie das Verlangen nach Stundung sind zwecklos.

* Infolge Kurzschlusses in der elektrischen Kraftanlage entstand in der Leinenfabrik "Len" auf Mocker ein Brand, der glücklicherweise durch tatkräftiges Eingreifen der Arbeiter bald abgelöscht werden konnte.

* Coppernicus-Verein. In der Monatssitzung, die am Donnerstag im Deutschen Heim stattfand, hielt Präfekt Studienassessor Wohlgemuth einen Vortrag über das Thema "Goethe in Berlin". Goethe, der nur ein einziges mal während seines langen Lebens in der preußischen Landeshauptstadt weilte, und zwar im Frühjahr 1778 als Begleiter des Großherzogs von Weimar, der dorthin in politischen Angelegenheiten reisen mußte, hat diesen Aufenthalt, der nur 10 Tage dauerte, in seinem Tagebuch nur ganz kurz und stichwortartig beschrieben. Diese Aufzeichnungen hat nun Priowser, ein gründlicher Kenner Berliner Geschichte, unter Heranziehung anderer literarischen Materials (Briefe Goethes und anderer und Bilder von Zeitgenossen) sowie zahlreicher, oft seltener Bilder und Ansichten von Potsdam und Berlin aus jener Zeit zu einem anschaulichen Bild von den Erlebnissen Goethes in jenen Tagen erweitert. Das Buch ich als Festchrift in äußerst vornehmer Ausmachung anlässlich des 60jährigen Bestehens des Berliner Geschichtsvereins in diesem Jahr erschienen. — So bot auch der Vortrag nicht bloß interessante Streiflichter hinsichtlich der Persönlichkeit Goethes, sondern auch der historischen wie literargeschichtlichen Verhältnisse jener Zeit, vor allem ein Bild von dem friderizianischen Potsdam und Berlin. Im Anschluß an den Vortrag wurden geschäftliche Angelegenheiten besprochen, die weiteres Interesse beanspruchten. Mit Bedauern wurde davon Kenntnis genommen, daß die bisherigen Veranstaltungen mit einem zum Teil beträchtlichen Fehlbetrag abgeschlossen. Dem kann in Zukunft nur vorgebeugt werden, wenn die Zahl der Abonnenten, die sich zum Besuch aller Konzerte bzw. Veranstaltungen verpflichten, bedeutend größer wird, so daß eine feste Einnahme jedesmal gesichert ist. Anmeldungen dazu werden von Herrn Oskar Stephan, Szeroka 16, entgegengenommen. Geplant ist ferner der Ankauf eines eigenen Konzertflügels, der im Deutschen Heim Unterkunft finden soll und es ermöglicht, dort auch Klavierkonzerte abzuhalten. Um die nicht unbedeutende Summe aufzubringen zu können, hat sich aus Mitgliedern und Gönnern des Vereins eine Konzertflügel-Gemeinschaft gebildet, die auf die Unterstützung weiterer Kreise, besonders aller Freunde der Konzertkonzerte rechnet. Von den eingegangenen Beträgen, die unverzüglich sind, wird alljährlich ein Teil, der durch Auslösung bestimmt wird, zurückgezahlt. Daß bereits die Hälfte des Kaufpreises erreicht ist, mag als erfreuliches Zeichen gelten und ein weiterer Ansporn sein. Bezahlungen nimmt die Vereinskasse sowie Herr Oskar Stephan entgegen. Der Jahresbeitrag für Mitglieder wurde auf 10 zł festgesetzt und wird demnächst eingezogen. Neu aufgenommen wurden drei Mitglieder.

* Nunztig die Feuerwehr alarmiert haben vorübergehende Passanten, als sie in einem Geschäft der Königstraße (Sobieskiego) schwarze Rauchwolken aufsteigen sahen. Es wurde nur leer gekocht.

* Konitz (Chojnice), 28. September. Am Freitag abend kam es am Wilhelmplatz zu einer Revolverschießerei zwischen zwei jungen Leuten namens Zaf und Grynal. Der Sachverhalt war folgender: G. vorgte Z. sieben Zloty, die ihm Z. nicht abgeben konnte. Um zu seinem Gelde zu gelangen, begab sich G. in die Wohnung des Z. und nahm ihm ohne sein Wissen einen Ring fort. Deswegen kam es dann abends 8 Uhr zu einer Schlägerei, bei der Z. dem G. mit einem Stock mehrmals über den Kopf schlug. In seiner Angst und Erregung zog G. einen Revolver und feuerte zwei Schüsse auf seinen Gegner ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Dann warf er die Schußwaffe fort. G. wurde daraufhin in Haft genommen.

* Rönne (Rowno), Kreis Strasburg, 28. September. Kürzlich brannte auf dem Gute Nowotowice ein Stall, in dem sich große Mengen Kleevorräte befanden, nieder. Das lebend Inventar hat man gerettet. Es wird Brandstiftung angenommen und ein Arbeiter ukrainischer Herkunft wurde als verdächtig verhaftet.

* Rostock (Weißerow), 26. September. Auf dem Schwinemärkt waren wieder viele Wagen mit Tiefeln. Es kosteten je nach Größe das Stück 18, 16 und 15 zł, später noch weniger; Kartoffeln 2.25–3, Butter 2.50–2.60, gegen mittag 2.30, Eier 2.20–2.40, Hühnchen das Pfund 80–90, junge, recht schöne Hühnchen 2.50–3 das Stück,

* Podgórz (bei Thorn), 28. September. Die feierliche Einweihung der neuen Kirchenglocken fand am vergangenen Sonntag in der katholischen Kirche statt. Den Weiheakt vollzog der Gnesener Bischof Lanbich.

* Strasburg (Brodnica), 27. September. Der Schach, der im hiesigen Kreis herrscht, hat in der letzten Zeit epidemische Formen angenommen. Eine größere Anzahl von Sterbefällen ist bereits zu verzeichnen. Um die gefährliche Krankheit mit allen Mitteln zu bekämpfen, sollen in Kürze alle Schulkindergarten in den Schulen des Kreises geimpft werden. Das Impfen geschieht unentgeltlich. — Ein Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Fuhrwerk fand am letzten Donnerstag abends auf der Chaussee bei Tivoli statt. Das Pferd brach ein Bein, und auf der Unfallstelle erschokt es ein Beamter des Amtsgerutes. — Auf dem letzten Wochenmarkt kostete Butter 2, Eier 1.90, Kartoffeln 2, Weizen 10–10.50, Roggen 8, Gerste 8–8.25, Hafer 7.50–8 je Str. — In Gr. Krusin (Duże Kruszywo) fiel die Scheune des Gastwirts Stanislaw dem Feuer zum Opfer. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

* Tuchel (Tuchola), 28. September. Ein schwerer Unfall ereignete sich in Plazowo hiesigen Kreises. Der Mechaniker Cybulski aus Tuchel steuerte seinen Kraftwagen selbst. Auf der Dorfstraße, Chaussee, kam von der entgegengesetzten Seite ein Zweispänner; C. der vorwärtsmäßig rechts fuhr, lenkte noch weiter zur Seite, und auf der nassen Chaussee kam die Maschine ins Gleiten. Eine Frau Kowalska mit ihrem Kind, die am Chausseeraud stehend, die Vorüberfahrt des Autos abwarten wollte, wurde überfahren. Der Wagenführer nahm sich der beiden Schwerverletzten sofort an; es besteht Hoffnung, Mutter und Kind dem Leben zu erhalten. — Im Hotel Gilers zu Tuchel fand ein Holzsturm in der Oberförsterei Schwiedt statt. Die Schwiedter Forst ist nahe der Stadt gelegen, die Fuhrhöfe für Holz sind daher nicht so hoch, wie solche aus den andern umliegenden Oberförstereien. Dafür sind aber die Holzpreise selbst in Schwiedt immer erheblich höher. Für einen Raummeter Hoben wurden 7 zł gezahlt, während in den letzten Terminen der Oberförstereien Schützenwalde und Laubensiek ein Raummeter Hoben nur 4.50 zł kostete. — Der große Brand in Gostycyn, Kreis Tuchel, welcher im Frühjahr d. J. 18 Brüder in Niedlichkeit in Niedlichkeit, wurde allgemein auf vorläufige Brandstiftung zurückgeführt. Unter diesem schweren Verdacht wurde jetzt der Kleinbürger Glaser aus Gostycyn, in dessen Scheune damals das Feuer ausbrach, in Untersuchungshaft genommen.

Ergebnis der Danziger Herbstmesse.

Die 4. Danziger Internationale Messe ist am 27. September abends nach vierjähriger Dauer geschlossen worden. Ihr Ergebnis hat den von Messeleitung und Ausstellern von vorn herein auf ein bescheidenes Maß gestimten Erwartungen entsprochen, insoweit es bei dauernd lebhaften Beziehungen nur zu einer verhältnismäßig geringen Kaufaktivität gekommen ist. Wie das Messeamt selbst mitteilt, dürfte die Messe den ausstellenden Firmen kaum ein mittleres Geschäft vermittelten haben. Die Gründe hierfür sind allgemein bekannt: Neben der auf ganz Europa lastenden schlechten Wirtschaftslage haben die immer noch nicht ganz beseitigte Spannung zwischen Danzig und Polen und besonders der vorangegangene und hoffentlich nun bald zu Ende gehende deutsch-polnische Wirtschaftskrieg nachteilig auf den Verlauf der Messe eingewirkt.

So war an den rund 350 ausstellenden Firmen aus 18 verschiedenen Ländern das Deutsche Reich, wenn man von den zahlreichen ständigen Danziger Vertretungen absieht, nur mit etwa 20 Firmen beteiligt, und auch die 50 auf der Messe erschienenen polnischen Firmen entzogen längst nicht der Bedeutung, die unter normalen Verhältnissen Polen für die Danziger Messe auferkannt werden muß.

Demgegenüber hat sich die Danziger Wirtschaft geschlossen an der Messe beteiligt, wobei außer Handel und Industrie diesmal auch das Handwerk und die Landwirtschaft vertreten waren. Aber auch für die Danziger Firmen war die Messe im allgemeinen nur von propagandistischem Wert, um die alten Geschäftsverbindungen auch in dieser Krisenzeit aufrecht zu erhalten.

Die wenigen auf der Messe erschienenen Käufer stammten, abgesehen von Danzig aus Polen, den deutschen Nachbarprovinzen, den baltischen und

Graudenz.

Dachdecker-Arbeiten

jetzt Art führt aus 18885
M. Autowulf,
Bedachungsgechäft,
Grudziadz,
Ogrodowa 23.

Patent-Matraken
werden angefertigt
billig und gut
Ven. 3, Grudziadz,
Kalinowska 47. 11928

Gut möbl.
Zimmer
an bess. solid. Herrn
ab 1. 10. oder 15. 10.
zu verm. Thom,
Kwiatowa 9. 11888

Empfehlung
zum 1. Oktbr. perfekte
Kochmamie (Polin),
Wirtin und Küchen-
mädchen für Güter u.
Mädchen f. d. Stadt.

Suche 11389

Nöthn, Stubenmädchen.
u. Mädchen f. Land.
Th. Marschalkowska,
Zarobkowe Biuro Po-
srednictwa Pracy,
Grudziadz,
Rynek Nr. 15.

Deutsche Bühne Grudziadz

E. B.
Sonntag, den 4. Oktober 1925
nachm. 4 Uhr, im Gemeindehaus

Fremden-Vorstellung.

Hallo! Hallo!

Ballon

Berlin-Partenkirchen.

Große Revue in 11 Bildern.

Text von Walter Ritter d. J. u. Heinrich Krause. Musik nach bekannt Melodien.

1. Bild: Bei Familie Schlüpsnies.
2. B.: Der Ballonauftieg. 3. B.: In der Lust. 4. B.: Ankunft in Berlin.
5. B.: Käses Auto-Rundfahrt. 6. B.: Quer durch Berlin. 7. B.: Im Karibett. 8. B.: Zwischen Scenen. 9. B.: Auf dem Heimwege. 10. B.: Am andern Morgen. 11. B.: Aufstall zur Kirche in Garmisch-Partenkirchen. 11. B.: Eintrittskarten auf den Logen und an numerierten Tischplätzen. Saalmitte = 2.50 zł, an numerierten Tischplätzen, Saalhalle = 1.50 zł; zu allen Plätzen 50 Gr. Gardeobengebühr. Vorverkauf der Eintrittskarten im Geschäftszimmer, Mickiewicza 15.

Die Aufführung ist so zeitig zu Ende, daß für die Rückfahrt die Abendbahn benutzt werden können.

Thorn.

Pfaff-Nähmaschinen

Fahrräder u. Zentrifugen

Reparaturen aller Systeme. 40jähr. Praxis.

A. Renné, Toruń, Piekarz 43.

Die Annoncen-Eröffnung

Justus Wallis, Toruń

gegr. 1853 nimmt 10950

Inserat-Aufräge

für alle Zeitungen

in Polen und im Freistaat

zu Originalpreisen entgegen.

Kostenanschläge. Fachm. Beratung.

Lehrling

der Mechaniker werden

will u. polnisch sprechen

kann, wird gebraucht.

M. Renné, Piekarz 43, Mechanikermeister. 11389

Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung,

zu billigen Preisen.

A. Dittmann, G. m. b. H., Bromberg,

Wilhelmstraße Nr. 16.

Vom 1. Oktober

skandinavischen Staaten, Holland, Belgien und Italien. Den stärksten Besuch hatte wohl die in 12 Abteilungen die Exporterzeugnisse ihres Landes vorführende russische Kollektivausstellung aufzuweisen. Wie die Messeleitung mitteilt, könnten von den Russen Abschlüsse in größerem Umfange angebahnt werden, besonders in Fischen nach dem Balkan, wohin Russland bereits vor dem Kriege einen lebhaften Fischexport unterhalten hat. Wie verlautet ist der Vertreter der russischen Regierung mit dem Verlauf der Messe sehr zufrieden und beabsichtigt, diese dauernd zu beschließen. Bereits für die Danziger Frühjahrsmesse 1926 ist die Errichtung eines eigenen russischen Pavillons auf dem Messegelände geplant.

Für die Erzeugnisse der griechischen Abteilung hat sich besonders der Danziger Handel interessiert, da infolge des eben abgeschlossenen griechisch-polnischen Handelsvertrages die Einfuhr dieser Waren nach Danzig sehr erleichtert ist.

Stark war der Verkehr auch in der neuen Messehalle „Technik“, die sowohl was die Beförderung der Messegüter zu den Ständen, als auch was die Versorgung der Stände mit Gas, Wasser und elektrischer Kraft anbetrifft, die Gründungsprobe glänzend bestanden hat. Freilich kam es auch hier nur ausnahmsweise zum Geschäft.

Die Kollektivausstellung des Bundes deutscher Gebrauchsgraphiker, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, in den östlichen Gebieten einmal deutsche Reklamekunst in fangsärtiger Auswahl zu zeigen, hat großen Anklang gefunden und die von ihr verfolgten Ziele voll erreicht.

Für die geringe Besichtigung der Danziger Herbstmesse von reichsdeutscher Seite kann außer den bereits angeführten Gründen vielleicht auch noch das in deutschen Wirtschaftskreisen in letzter Zeit zutage getretene Streben nach Einschränkung der Handmessen mitbestimmt gewesen sein.

Sollte diese Annahme zutreffen, dann muß demgegenüber hervorgehoben werden, daß die Danziger Messe keinesfalls als eine deutsche Handmesse gewertet werden kann, da sie sich auf das weite polnische Hinterland zu stützen in der Lage ist, das nach Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsabkommens von neuem erhöhte Bedeutung für den deutschen Export erlangen und damit auch der Danziger Messe wieder die Beachtung sichern wird, die ihr in den Vorjahren seitens der deutschen Wirtschaft gesucht wurde.

H.

Hente letzte Nummer

in diesem Monat. Wer seine Bestellung auf die Deutsche Rundschau noch nicht erneuert hat, hole es jetzt sofort nach. Beleihen Sie sich auch beim Postamt Ihres Bezirks, falls Unregelmäßigkeiten in der Zustellung eintreten sollten. — Wir bemerken noch besonders, daß Zeitungsbestellungen spätestens drei Tage vor Beginn des neuen Monats bei der dortigen Postanstalt unter Voranschlagszahlung des Bezugspreises erneuert werden müssen. Bei später eingehenden Bestellungen liefert die Post die bereits erschienenen Nummern, soweit solche überhaupt noch zu beschaffen sind, nur auf ausdrückliches Verlangen und gegen Entrichtung

der Portogebühr v. 15 Groschen nach.

Briefkasten der Redaktion.

Optant. Auf Ihre Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß Sie einen Preis von annähernd 400 Blok für den Morgen heute selbst bei einer guten Wirtschaft mit ausreichendem toten und lebenden Inventar nicht erzielen können. Es wird bei dem Verkauf einer Optantenwirtschaft notwendig sein, sich ungefähr nach den erzielbaren Bodenpreisen zu richten, wobei ein Preis von 250 bis 300 Blok als sehr angemessen gilt. Für größere Güter wird im allgemeinen kaum die Hälfte dieses Preises erzielt.

Rundschau des Staatsbürgers.

Ausreisegenehmigungen für Studenten.

Wie gemeldet wird, wurde die Handhabung der Ausgabe von Genehmigungen für Studenten zur Ausreise nach dem Ausland auf Grund einer Intervention im Ministerium abgeändert. Jetzt erhalten vom Ministerium solche Genehmigungen Akademiker, die im Auslande zwei Semester absolviert haben und nicht wie bisher drei oder mehr. Den Gesuchen um Ausreisegenehmigungen ist der Original-einschreibeschein der Auslandsuniversität beizufügen.

Turnschuhe Bepege

20/24 25/29 30/34 35/39

3.50 4.25 5.00 5.75

Mercedes, Mostowa 2.

Gehende

Zwiebeln

offeriert waggonweise und auch ll. Posten, ver- Städget.

Matzschillan Kassner,

Wiesen.

Heirat

Suche für meinen Freund, gebildeten, tüchtigen

Landwirt

34 Jahre alt, Reserve-

Ottoman, poln. Bürger,

Befähigung ein solid,

nicht unvermög. Dame

zwecks Heirat

event. Einheirat

in Landwirtschaft. Dis-

tribution Ehrensache.

Erlangtgemeinte. Offert.

mit Bild unt. S. 11263

an d. Geschäftsst. d. Stg.

Selbstständiger und

vermögender Kauf-

macht besser Dame mit

edlem Charakter und

Bermügen zwecks

baldig. Heirat.

Offert. mit Angabe

d. Verhältnis. u. S. 11113

an die G. die Stg. erb.

Geldmarkt

200 St. zu leihen

ges. eventl.

Bau- oder Brennma-

terial auf Wechsel. Ellow.

u. P. 7866 a. d. Stg. d. Stg.

Verhältnissen

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Suche zu pachten

Landwirtschaft. 80-150

Morg. Off. unt.

M. 7847 a. d. Stg. d. Stg.

Bekanntmachung.

Im Sinne des Gesetzes über die staatliche Aufsicht über Hengste und Registrierung der Zuchttüten vom 23. 1. 1925 (Dz. U. Nr. 47 Vol. 113) als auch d. § 3 der Verfügung des Ministers für Landwirtschaft und Staatsdomänen v. 10. 7. 1925 (Dz. U. Nr. 73 Vol. 511) hat der Herr Wojewode angeordnet, daß die Besichtigung der Hengste durch die Wojewodschafts-Qualifikations-Kommission für den Kreis Bydgoszcz Stadt in Bydgoszcz auf dem Viehhof des städtischen Schlachthaus am Montag, 12. Oktober 1925 um 2 Uhr nachm. stattfindet.

Zur Besichtigung müssen alle Hengste, die über 2 Jahre alt sind, vorgeführt werden. Daher fordere ich alle Besitzer von über 2 Jahre alten Hengsten auf, dieselben anzumelden, sofern dies bis jetzt noch nicht geschehen ist — spätestens aber bis zum 6. Oktober in der städtischen Polizei, ul. Grodzka 32, Zimmer 10.

Nichtbeachtung der Verfüzung unterliegt einer Strafe bis zu 20 zł im Sinne d. § 7 des angeführten Gesetzes.

Bydgoszcz, den 26. 9. 1925.

Städtische Polizei-Verwaltung
(-) Hanżewski.
Radca Miejski (Stadtrat).

3mons.-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 30. September 1925, um 10 Uhr vorm., werde in der ul. Chodkiewicza Nr. 8/18 an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung folgende Gegenstände veräußert:

25 Tausend Ziegel I. Klasse.

Obige Gegenstände können 1 Stunde vor der Versteigerung besichtigt werden.

Bydgoszcz, den 28. September 1925.

Oddział Egzekucyjny

przy Magistracie miasta Bydgoszczy.
(-) Wache, Radca Miejski (Stadtrat).

Przymusowa sprzedaż.

W czwartek, dnia 1 października, o godz. 12 w poł. będzie sprzedawany w Bydgoszczy, przy ul. Gdańskiej 111 najwięcej dającemu i za gotówkę:

Kompletne urządzenie sklepowe, 1 regał i 1 lodownia.

Preuschoff,
kom. sądowy w Bydgoszczy.

Przymusowa sprzedaż.

W czwartek, dnia 1 października, o godz. 12 w poł. będzie sprzedawany w Bydgoszczy, przy ul. Gdańskiej 131/132, w firmie Wodtke, najwięcej dającemu i za gotówkę.

1 muszynę do rąbania drzewa, 1 okrągłą Pitę (Kreissäge) i

3 patentowe duże wozy (hele).

Preuschoff,
kom. sądowy w Bydgoszczy.

Bekanntmachung.

Die in der gestrigen Nummer angelegte Versteigerung für den 30. d. M., „2 Holzschuppen“, bei der hiesigen Ekspedycja Towarowa

wird hiermit widerrufen!

Ekspedycja Towarowa Bydgoszcz, Kocikowski, st. naczelnik.

Obrońca prywatny (Rechtsbeistand)

J. DUBIS, Bydgoszcz
ulica Długa 57, II
erledigt sämtliche Prozeß-, Wohnungs-, Zivil-, Straf-, Exekutions-, Hypothek-, Erbschafts-, Handels-, Verwaltungs-, Sachen, Kontrakte jeglicher Art, sämtliche Korrespondenzen wie überhaupt alle ins Jurist. Fach schlagende Angelegenheiten.

Bydgoszcz
Telefon Nr. 965

Szubin
Telefon Nr. 4

J. und P. Czarnecki
Dentisten
Zähne, Plomben, Brücken

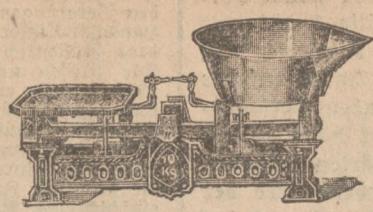
Jagiellońska (Wilhelmstr.) 9
im Hause Luckwald Nachfl. 11358
Sprechstunden durchgehend von 9—5 Uhr.

Rechtsbüro

Karol Schrödel

Nowy Rynek 6, II. 10185
erledigt sämtl. Gerichts-, Hypotheken-, Strafsachen, Oftanten-Fragen, Genossenschafts-Kontrakte, Verwaltungs-Angelegenheit, übernimmt Regelung v. Hypotheken, iegl. Korrespondenz, schließt stillle Allorde ab.

Mode-Atelier Helene Otto,
Danzigerstrasse 9, II 6893
fertigt nach neuesten Modellen
Damen-Garderobe zu mäßigen Preisen.



Tafelwaagen

Gewichte 11356

Sämtl. Waagen für Industrie
und Wirtschaft

Personenwaagen.

M. Rautenberg i Ska

Bydgoszcz, Jagiellońska 11. Tel. 1430.

PIANOS

in hervorragender Qualität

mit langjähriger Garantie

aus eigener Fabrik

sowie FLÜGEL und PIANOS

ausländischer Weltfirmen — empfiehlt

B. Sommerfeld,

Pianofortefabrik und Großhandlung

Bydgoszcz

nur ulica Śniadeckich Nr. 56.

Telefon Nr. 883. Gegründet 1905.

Gegründet 1905.